

sowie die politisch-ideologischen Hintergründe und Entwicklungen dieser Forschung kaum untersucht werden. Die hier vorgestellten beiden Sonderbände werfen nun Licht in dieses Arkanum und leisten einen wichtigen Beitrag, um Leistungen und Begrenzungen dieser sowjetischen Forschung angemessen würdigen zu können.

*Jürgen Herres, Berlin*

Willy Brandt – Berliner Ausgabe, hrsg. im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler. Band 1: Hitler ist nicht Deutschland. Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940, bearbeitet von Einhart Lorenz, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2002, 597 S., geb., 27,60 Euro. Band 7: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974, bearbeitet von Wolther von Kieseritzky, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2001, 683 S., geb., 27,60 Euro.

Der Auftaktband der auf zehn Bände angelegten „Berliner Ausgabe“ befasst sich mit Willy Brandt in den Jahren 1928 bis 1940, also mit seiner Jugend in Lübeck, dem politischen Erwachen und – natürlich im Zentrum – mit seiner Emigrationszeit in Norwegen bis hin zur Flucht ins schwedische Exil 1940. Hierzu hat der Bearbeiter Einhart Lorenz eine umfassende Einleitung vorgelegt, in der er einige Lücken der Biographie in dieser Zeit schließen kann und damit endlich jene verunglimpfende Frage beantwortet, die Brandt (u.a. vom CSU-Politiker Franz Josef Strauß 1961) nach 1945 immer wieder gestellt bekam: „Was haben Sie zwölf Jahre draußen gemacht?“ Das wird hier detailliert aufgefächert.

Wir haben es bei Brandt mit einem schon früh politisierten Jugendlichen zu tun, der als 15- bzw. 16-Jähriger seine ersten Artikel für die Parteipresse verfasste. Diese bilden den Auftakt der 65 Dokumente, die bis zu Brandts erstem Buch „Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa“ von 1940 reichen, dessen druckfrische Exemplare allerdings wegen des deutschen Überfalls nicht mehr in den Buchhandel, sondern in den Reisswolf kamen, und das hier in Auszügen abgedruckt wird.

Aus dem Jahre 1931, in dem sich das SPD-Mitglied Brandt der neu gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP) anschließen sollte, datiert ein Artikel aus seiner Feder über eine „große Fahrt“ zu den Fjorden und Bergen Norwegens – ein Land, das er zwei Jahre später aus ganz anderen Motiven aufsuchen musste und das dann zu seiner zweiten Heimat werden sollte: „Der Faschismus hat gesiegt, und die Arbeiterbewegung ist geschlagen“, resümierte er knapp im norwegischen ARBEIDERBLADET im April 1933, wenige Tage nach seiner Ankunft in Norwegen (S. 115), wohin der gerade mal 19-Jährige im Auftrag der Partei (und in der Erkenntnis um die Gefahr, verhaftet zu werden) geschickt worden war. Diese hierin sich widerspiegelnde Erwartung von der Dauerhaftigkeit der Niederlage mischt sich später mit Zuversicht, dass „in breiten Bevölkerungsschichten“ ein „starker Wunsch nach Freiheit und demokratischen Rechten“ nicht erloschen war (1937, S. 354).

Einen wesentlichen Bestandteil der Edition bildet die Auseinandersetzung mit der Politik der Sozialdemokratie vor 1933. Obwohl sich in dieser Zeit bereits der nach 1945 endgültig abgeschlossene Wandel vom revolutionären Sozialisten zum reformorientierten Sozialdemokraten abzeichnete, vor allem aufgrund der Einflüsse der norwegischen Arbeiterbewegung und der Erfahrungen im Exil, so blieben doch Konstanten in der politisch-historischen Analyse, die Brandt bereits 1933 in einem Buchbeitrag und einer Bro-

schüre niederlegte und die er beibehielt: die Brandmarkung der Entscheidung vom 4. August 1914 zur Unterstützung der Kriegspolitik als „Verrat“ (S. 161), als den eigentlichen Sündenfall der Sozialdemokratie, dem „der Verrat von 1918“ folgte (S. 142); die von Reichspräsident Ebert im Oktober 1923 angeordnete Reichsexekution gegen „eine völlig verfassungsmäßige Regierung aus Kommunisten und Sozialdemokraten in Sachsen“ als „Vorbild“ (S. 166) für den Preußen-Schlag 1932; die Charakterisierung der sozialdemokratischen Erwartung von der Vorläufigkeit der politischen Agonie 1932 als „völligen Bankrott der sozialdemokratischen Politik“ (S. 169).

Doch nicht nur rückwärts wandte sich sein Blick, sondern auch nach vorn, getrieben von der Frage: „Was kommt nach Hitler?“ Seine Antwort: „Hitler ist nicht Deutschland“ (1938, S. 375) – ein immer wiederkehrender Mahnruf an die Welt, dass es auch das „andere“ Deutschland gab. Das war Teil seines beharrlichen Kampfes gegen vorschnelle pauschale Urteile. Gewiss ohne Illusionen setzte er auf dieses „andere“ Deutschland, in das er 1936 unter höchster Gefährdung für einige Zeit, getarnt als norwegischer Student, zurückkehrte und sich in Berlin nicht nur Einblicke in die illegale Parteiarbeit verschaffte, sondern auch in das Leben und den Alltag in der Hitler-Diktatur. 1937 sprach er schon von den kommenden Gefahren: „Krise oder Krieg“ (S. 355).

Über die Artikel und Reden zu Deutschland hinaus, das zentrale Thema war und blieb, sind vor allem zwei Dokumente zum spanischen Bürgerkrieg hervorzuheben: zum einen eine für die interne Parteiarbeit bestimmte Ausarbeitung (S. 300), zum anderen sein umfassendes Referat über ein Jahr Krieg und Revolution in Spanien auf einer Sitzung der erweiterten SAP-Parteileitung im Juli 1937 (S. 306). Brandt konnte hier aus erster Hand analysieren, denn er war seit Mitte Februar 1937 im Parteiauftrag einige Zeit in Spanien gewesen.

Scharf kritisierte er den Hitler-Stalin-Pakt, womit sich für ihn die Russen „aus der sozialistischen Bewegung abgemeldet“ hatten (S. 422). Wie viele Sozialdemokraten träumte auch er von den „Vereinigten Staaten Europas“ (S. 452); dieses Problemfeld, die Frage nach der Zukunft Europas, sollte ihn dann weiter im schwedischen Exil beschäftigen. Norwegen, so hat Brandt später herausgestrichen, war ihm zur zweiten Heimat geworden. Es waren Jahre politischen Lernens, der Orientierung und der Standortbestimmung. Einhart Lorenz hat durch Einleitung und Dokumente deutlich werden lassen, dass sich Brandt unter dem Eindruck der norwegischen Arbeiterbewegung „vom jugendlichen Weltverbesserer zum pragmatisch denkenden linken Sozialisten“ (S. 71) wandelte.

Ohne diese prägenden Jahre der Emigration ist der Nachkriegspolitiker Brandt nicht zu verstehen, auch nicht seine Innen- und Gesellschaftspolitik aus der Zeit als Bundesaußenminister und Bundeskanzler (1966–1974), die den Gegenstand des von Wolther von Kieseritzky vorzüglich eingeleiteten Bandes 7 bilden. Hier sind unterschiedliche Quellengattungen vereint: Unter den insgesamt 107 zumeist bislang unveröffentlichten Dokumenten sind neben Reden, Artikeln, Briefen und Interviews (in besonderer Form die „Hintergrundgespräche“ mit Journalisten) auch persönliche Aufzeichnungen und eine Reihe von Vermerken zu finden, die Einblicke in Brandts Persönlichkeitsstruktur und Stimmungslagen geben, so u.a. zur Entwicklung der Affäre Guillaume, in die Brandt offensichtlich mit „verblüffender Sorglosigkeit“ schlitterte und bei der er zudem schlecht beraten war („Ich Rindvieh“, S. 514) – und die schließlich sein Ende als Kanzler einläutete.

Es geht hier also in erster Linie um den Parteivorsitzenden, Außenminister und Bundeskanzler, der die Große Koalition 1966–69 als reines Zweckbündnis akzeptierte und auch in dieser Zeit den Kontakt zur FDP nie abreißen ließ. SPD und FDP besaßen in seinen Augen eine „ausreichende Bandbreite gemeinsamer Überzeugungen und Interessen“ (an Walter Scheel 1970, S. 228). Die sozialliberale Koalition („eine Koalition der Reformwilligen“ – Artikel vom März 1969, S. 176) verkörperte den Aufbruch zu neuen

Ufern, zu einer Phase von Reform und Fortschritt, die auf das engste mit dem Namen Willy Brandt verwoben ist und der er in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 mit dem bald zum geflügelten Wort werdenden Ausdruck „Mehr Demokratie wagen“ (S. 219) das Motto gab. Wenngleich in der ersten Phase seiner Regierungszeit eindeutig die Außenpolitik dominierte (was ihm bisweilen heftige Kritik einbrachte), so war Brandt doch nicht nur ein (Teil-)Kanzler (so der Spiegel-Chefredakteur Günter Gaus im Februar 1971) der Außenpolitik.

Seine innere Politik konzentrierte sich zunächst auf gesellschaftliche Reformen (Ausbau der sozialen Sicherheit sowie größere Partizipation und Emanzipation der Staatsbürger), war dann ob der wirtschaftlichen Entwicklung auf Krisenbewältigung ausgerichtet – sinnfällig wurde dies, als 1973 Deutschland angesichts der Öl-Krise sonntäglich zu einer „riesigen Fußgängerzone“ wurde (Brandt in einer Fernsehansprache). Neu war der konsensorientierte und verhaltene Führungsstil Brandts. Das mochte manch einer auch aus den eigenen Reihen als Führungsschwäche auslegen, aber es war das bis in die Regierungsarbeit hinein von ihm praktizierte Verständnis von Demokratie. Dabei sorgte er sich in den Anfangstagen darum, „aus seinem Kabinett ein Team“ zu formen (an Georg Leber 1969, S. 225). In den Auseinandersetzungen mit der Protestbewegung war Brandts Politik von zwei grundlegenden Motiven getragen: zum einen vom Verständnis für die auf Veränderung drängenden Kräfte, zum anderen von einer kompromisslosen Grenzziehung gegenüber den Gegnern der parlamentarischen Demokratie.

Auch die auf Spannungen innerhalb der sozialdemokratischen Führungsmannschaft spekulierende Neugier wird in diesem Band fündig. Dokumentiert werden etwa die Auseinandersetzungen zwischen Wehner und Brandt, wobei einerseits der mächtige, den Bogen bisweilen doch überspannende Fraktionsvorsitzende dem Kanzler Führungsschwäche vorhielt (so auch gegenüber Journalisten während der Moskau-Reise 1973), andererseits Brandt stets vor den „selbsterstörerischen Tendenzen“ warnte (etwa vor dem Parteirat im Dezember 1972). Die Kritik aus den eigenen Reihen sowie in den Medien, die auch immer mehr Interesse an seinem Privatleben entwickelten, machten Brandt schließlich so mürbe, dass dann die Affäre Guillaume den Anlass zum Rücktritt geben konnte und der Kanzler „die politische Verantwortung“ für die im Rückblick kaum nachvollziehbaren „Fahrlässigkeiten im Zusammenhang mit der Agentenaffaire“ (Rücktrittsschreiben an den Bundespräsidenten) übernahm.

Mit diesem Band wird in markanter Weise die Bedeutung Brandts, der mitunter wegen seiner Ostpolitik und internationalen Präferenzen in dieser Phase ausschließlich als Außenpolitiker gesehen wird, für den innenpolitischen Wandel in der Phase der Modernisierung der Bundesrepublik hervorgehoben. Und man begreift, warum dieser Mann als eine dennoch charismatische, aber auch verletzte Persönlichkeit die Zeit prägte und solch breite Zustimmung fand.

*Walter Mühlhausen, Heidelberg*

Markus Pöhlmann, Kriegsgeschichte und Geschichtspolitik: Der Erste Weltkrieg. Die amtliche deutsche Militärgeschichtsschreibung 1914–1956 (= Krieg in der Geschichte, Band 12), Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2002, 421 S., 52 Euro.

Die deutsche Militärgeschichte führt an den Universitäten ein marginales Dasein; nur in Potsdam gibt es einen Ordinarius für dieses Fachgebiet. Außeruniversitär sieht die Lage etwas besser aus. In Freiburg ist ein Arbeitskreis für Militärgeschichte unter dem